

seiner politischen Überzeugung, seines religiösen Glaubens oder seiner rassischen Zugehörigkeit behindert oder gar von der Wahrnehmung dieser Rechte ausgeschlossen werden.

Doch die gesellschaftliche Praxis sieht ganz anders aus. Hunderttausenden jungen Menschen wird das Recht verweigert, einen Beruf zu erlernen. Mehr als einer Million arbeitswilligen Männern und Frauen bietet diese „Demokratie“ lediglich ein Arbeitslosendasein. Und wer gar als konsequenter Demokrat, Sozialist oder Kommunist auftritt, wird vom generellen Berufsverbot bedroht und betroffen.

Tagtäglich vergewaltigen die Herrschenden in der BRD das Grundgesetz, von dem sie lautstark behaupten, daß es die unumstößliche Grundlage „wahrer Demokratie“ sei. Wie kürzlich auf einer internationalen Konferenz gegen die BRD-Berufsverbote in Karlsruhe mitgeteilt wurde, haben die Behörden in diesem Staat inzwischen mehr als 800 000 Bürger bespitzelt und deren politische Einstellung „erkundet“. Sie, die sich als „Verfassungsschützer“ preisen, haben mit ihrer Gesinnungsschnüffelei in eklatanter Weise Verfassungsbruch geübt.

Bisher sind mehr als 3000 Fälle von Berufsverboten bekannt, die Dunkelziffer liegt erheblich höher. So geben beispielsweise die Behörden im BRD-Land Hessen nur 29 Berufsverbote zu, während die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft allein für den Raum Gießen/Wetzlar 62 Berufsverbote nachweist.

Angesichts dieser groben Verstöße gegen die bürgerliche Demokratie stellte die internationale Konferenz fest:

„Eine Welle von Mißtrauen und Gesinnungsschnüffelei aus antikommunistischer Hysterie im Geiste McCarthys hat sich ausgebreitet. Im Namen der Demokratie sind tragende demokratische Prinzipien tausendfach von denjenigen verletzt worden, die vorgeben, sie zu schützen.“

So ist gerade in der BRD in den letzten Jahren eine Entwicklung zu beobachten, die allen aufrechten Demokraten zu ernster Besorgnis Anlaß bietet und die mit den Worten „die Demokratie stirbt zentimeterweise“ charakterisiert wird. Von den Notstandsgesetzen über den „Radikalerlaß“ bis zur Verschärfung des Straf- und Prozeßrechts, des Polizei- und Haftrechts spannt sich der Bogen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie in der BRD.

Nichts haben die Leninschen Gedanken von ihrer Gültigkeit

## Viele Methoden, den Volkswillen zu verfälschen

Zu den Standard-„Beweisen“ bürgerlicher Apologeten gehörte über Jahrzehnte das Gerede vom ach so demokratischen Charakter der Wahlen im Kapitalismus. Doch mehr als einmal hat die Geschichte den Beweis erbracht, daß die Monopolbourgeoisie auf die Ergebnisse derartigen Wahlen pfeift, wenn ihre ökonomischen Interessen bedroht sind. Nicht nur Chile ist dafür Beweis genug. Auch in Portugal ist die Reaktion bestrebt, den erklärten und in den Wahlen zum Parlament manifestierten Willen des portugiesischen Volkes durch die Bildung einer ihren Interessen entsprechenden Regierung zu mißachten.

In anderen Ländern gibt es andere Formen, um den Volkswillen zu verfälschen oder nicht wirksam werden zu las-

engebüßt: „Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- oder Pressefreiheit, die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung — in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt‘ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten — Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m.“<sup>65)</sup>

„Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man überall, sowohl in den geringfügigen\*, angeblich geringfügigen, Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitsklausel, Ausschließung der Frauen usw.) als auch in der Technik der Vertretungskörperschaften ... Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus.“<sup>6)</sup>

Auch diese Leninsche Einschätzung ist 1976 in der Welt des Kapitals aktueller denn je. Da gibt es Wahlgesetze, die für kommunistische Kandidaten besondere Hürden enthalten — wie zum Beispiel die berühmte Fünf-Prozent-Klausel in der BRD. Da werden Stimmbezirke so zusammengestellt, daß fortschrittliche Kandidaten ein Mehrfa-